

Ökumene – Das Ringen um sichtbare Einheit als Auftrag

Günther Beckstein

Es gibt eine sehr treffende Karikatur zur Ökumene: Sie zeigt einen evangelischen und einen katholischen Geistlichen. Beide laufen in hohem Tempo und sichtlich erhitzt nebeneinander her – und zwar ihren Schäflein nach, die in Sachen Ökumene offenbar längst weiter sind als sie. Überfordert wirken sie, die beiden Kirchenmänner. Die Kirchen, so könnte man die Karikatur deuten, hinken der ökumenischen Lebenswirklichkeit ihrer Gläubigen hoffnungslos hinterher.

Kein Geringerer als Papst Benedikt XVI. hat auf eine Folge aufmerksam gemacht, die ein solches Hinterherhinken für die Kirchen haben kann. Als er im Januar dieses Jahres während der Gebetswoche für die Einheit der Christen mehrere Mitglieder der Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands empfing, verwies er darauf, dass die Ökumene über die bloße Selbstverpflichtung der Kirche weit hinaus geht. Vielmehr könne der ökumenische Dialog „von der Wirklichkeit und dem Leben aus dem Glauben in unseren Kirchen nicht mehr abgetrennt werden, ohne ihnen selbst Schaden zuzufügen.“ Das Gelingen oder Nichtgelingen der Ökumene wird in dieser Perspektive regelrecht zu einem Gradmesser für die Bedeutung von Kirche und Religion in unserer Gesellschaft. Der Kirche droht mit dem Verlust des Anschlusses an die Lebenswirklichkeit der Menschen der Verlust eigener Lebenskraft. Ein gutes ökumenisches Miteinander ist damit immer auch Ausdruck einer Kirche, die sich als Volkskirche verstehen darf, weil in ihr die Realität menschlichen Lebens ein Zuhause hat. Zu dieser Art von Volkskirche gibt es in einer Zeit, in der gesellschaftliche Bindekräfte zunehmend schwinden, keine Alternative.

Einen anderen wichtigen Aspekt der Ökumene finden wir in einem Aufruf des Propheten Jeremia an das jüdische Volk im Babylonischen Exil. Bei Jeremia 29 heißt es: „Suchet der Stadt Bestes, dahin ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohlgeht, so geht's auch euch wohl.“ Dieser Aspekt ist

dem Politiker in mir besonders wichtig: Wenn es dem Ganzen gut geht, dann geht es auch dem einzelnen Menschen gut. Als Christen sind wir in dieser Welt aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen – für uns selbst und, soweit wir es vermögen, auch für andere. Wir können diese Verantwortlichkeit konkret umsetzen, beispielsweise indem wir uns direkt vor Ort ehrenamtlich engagieren. Oder wir setzen sie abstrakt um, indem wir uns für eine weitere Verbesserung der Bedingungen gesellschaftlichen Zusammenlebens stark machen. Zwar wissen wir, dass wir in unserem Handeln fehlbar sind und immer wieder Schuld auf uns laden. Das ist unabwendbar. Aber eine Rechtfertigung dafür, sich vom Weltgeschehen im Allgemeinen und von der Verantwortung im Besonderen fernzuhalten, ist es nicht. Denn wir Christen wissen auch: Gott schenkt uns ohne Ansehen der Person seine Gnade und seine Vergebung.

Gerade der säkulare Staat ist auf eine solche Grundlagenarbeit durch engagierte Christen angewiesen. Ernst-Wolfgang Böckenförde drückt dieses Angewiesensein so aus: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.“ Je mehr Christen also in ökumenischer Eintracht daran mitarbeiten, das Fundament unseres Zusammenlebens zu stärken, und je mehr Christen im Herrn vereint Zeugnis ihres Glaubens vor ihren Mitmenschen ablegen, desto besser ist es – für den Staat, für die Bürgerinnen und Bürger dieses Staates und nicht zuletzt auch für jene Freiheit, von der Böckenförde in seinem berühmten Diktum spricht und die *Conditio sine qua non* ist für das ungehinderte Bekenntnis unseres Glaubens.

Daher hat der Auftrag Jeremias „Suchet der Stadt Bestes“ auch einen starken ökumenischen Anstrich. Denn zweifellos ist die Ökumene eine solche Suche nach dem Besten. Wo Menschen zusammenfinden, ohne zusammenzustoßen, da entsteht Gutes. Von diesem Guten ist viel bewirkt worden in der Vergangenheit. Es wäre ein Fehler, das bisher Erreichte immer nur nach dem zu beurteilen, was gerade nicht erreicht worden ist. Ältere Zeitgenossen können dies sicherlich ermessen. Ich erinnere mich zum Beispiel noch sehr gut an meine Zeit im Konfirmandenunterricht in der Nürnberger Gustav-Adolf-Kirche in den Fünfzigerjahren: Ohne großes Federlesen rief uns unser Pfarrer dazu auf, nur ja keine Katholiken als Mieter in unsere Wohnungen zu lassen, weil Nürnberg sonst katholisch werden könnte. Ein anderes Beispiel

kommt aus meiner Heimatstadt Hersbruck, wo es in meiner Kindheit in der Nähe ein katholisches Werk gab. Ganz demonstrativ haben die katholischen Schwestern dort am Karfreitag ihre Wäsche gewaschen. Unsere Quittung gab's dafür an Fronleichnam: An diesem Tag haben wir hingebungsvoll und so laut es ging Teppiche geklopft. Oder die konfessionell gemischten Ehen: Es ist noch gar nicht lange her, dass die Eheschließung eines evangelischen mit einem katholischen Partner für Angehörige oder für die Eheleute selbst ein großes Problem war.

Welche Errungenschaft stellt demgegenüber die Unterzeichnung der *Charta Oecumenica* von 2001 dar! Welcher Fortschritt ist es, dass konfessionsverbindende Ehen heute selbstverständlich sind in Deutschland! Ökumenische Andachten und Gottesdienste, die gemeinsame Arbeit mit der Bibel, die partnerschaftliche Nutzung von kirchlichen Gebäuden, das ökumenische Miteinander zahlreicher Geistlicher vor Ort in den Gemeinden – noch in meiner Kindheit wäre das alles unvorstellbar gewesen. Es liegt auf der Hand, dass das Rad der trennenden Geschichte beider Konfessionen nicht binnen weniger Jahrzehnte um 500 Jahre zurückgedreht werden kann. Daher bin ich von Herzen über das froh, was in den vergangenen vierzig, fünfzig Jahren geschafft wurde – über einen Weg, der nach Jahrhunderten des Krieges, der Anfeindung und der Trennung nun nicht mehr weiter auseinandergeht, sondern der zusammenführt und das gottgewollte Endziel, die Einheit der Kirchen, fest ins Visier nimmt.

Freilich: Die Anstrengung, die uns dieser Weg immer wieder abverlangt hat, bedarf der Fortsetzung, an manchen Stellen vielleicht sogar der Steigerung. Nach wie vor gilt es, Steine aus dem Weg zu räumen. Nach wie vor sind die beiden Kirchen in ihrem Wesenskern sehr verschieden: Während der Katholizismus zu einem eher abwartenden Umgang mit mancher konkreter Lebensfrage der Menschen neigt – ich denke etwa an das Problem des Priestermangels oder an die Frage nach der Rolle der Frau in der Kirche von morgen –, läuft der Protestantismus Gefahr, die geistliche Profilierung zugunsten eines allzu zeitgeistorientierten Aktivismus zu vernachlässigen. Es ist schwierig, hier den schmalen Grat zwischen der Bewahrung des Wesenskerns einerseits und einer notwendigen Modernisierung andererseits sicher zu gehen – zumal unter dem öffentlichen Druck, unter dem die Kirchen und ihre Vertreterinnen und Vertreter bisweilen stehen. Nach wie vor gibt es auch Hürden theologischer Natur – etwa bei der gemeinsamen Feier der Eucharistie beziehungsweise

des Abendmahls. Und nach wie vor sind katholische und evangelische Kirche uneins, wenn es um verschiedene Bereiche der praktischen Anwendung unseres christlichen Glaubens geht.

Der Schutz des ungeborenen Lebens ist so ein Bereich. So wie ich es bedauere, dass die evangelische Kirche es wenn nicht an Eindeutigkeit, so doch an Deutlichkeit in ihrem Einsatz für das ungeborene Leben fehlen ließ, so sehr bedauere ich auch den offiziellen Ausstieg der katholischen Kirche aus dem staatlichen Beratungssystem. Zwar habe ich volles Verständnis für das Dilemma, einerseits für das Leben beraten zu wollen, um dann andererseits Beratungsscheine als „Lizenz zum Töten“ ausstellen zu müssen. Doch als der pragmatische christliche Politiker, der ich bin, denke ich auch an die wertvollen Chancen, die mit einer profilierten Beratung *für* das Leben verbunden sind.

Verantwortung für das Leben: Das ist auch das Stichwort, wenn es ganz grundsätzlich um Ehe und Familie als die Keimzellen unserer menschlichen Gesellschaft geht. Die katholische und die evangelische Kirche haben hier mit dem Staat ein gemeinsames Interesse: Als Ort, an dem Verantwortung für andere übernommen wird, an dem christliche Werte erfahrbar gemacht werden und an dem nach wie vor am häufigsten Kinder zur Welt kommen, genießt die Familie zu Recht die besondere Zuwendung von Kirchen und Staat. Zwar ist die Aufforderung Gottes an den Menschen „Seid fruchtbar und mehret euch“ für den Politiker eher von pragmatischer Relevanz, weil es um den Erhalt von Staat und Gesellschaft geht, während der Kirchenvertreter sie mehr theologisch, als von Gott kommenden Auftrag begreifen dürfte. Beiden Perspektiven gemeinsam ist aber die fundamentale Bedeutung, die sich mit der Geburtenrate und Kindern als der Inkarnation unserer Zukunft verknüpft. Es ist also ein schöner Zusammenklang, der da zwischen den beiden christlichen Kirchen und einer recht verstandenen christlichen Politik in Sachen Familie entstanden ist! Diesen Zusammenklang gilt es nutzbar zu machen für Gesellschaft, Staat und kommende Generationen – auf dass, ganz im Sinne der Aufforderung bei Jeremia, des Menschen und der Welt Bestes gefunden werden kann. In einer Zeit, in der die Lebensform Familie immer mehr einer Herabwürdigung anheimzufallen droht, ist dies eine echte Herausforderung. Mit großem Unbehagen denke ich in diesem Zusammenhang an die Diffamierung des in Deutschland geplanten Betreuungsgeldes für Väter oder Mütter

durch das Unwort der „Herdprämie“. Wer so über die Betreuung von Kindern und über die betreuenden Eltern spricht, ist von aufgeklärter Toleranz weit entfernt.

Die Familie ist einer der Schnittpunkte, an dem Kirche und Politik einander begegnen. Ein weiterer Schnittpunkt ist die Demokratie. Die Achtung vor der Würde des Menschen, das Engagement für die Gesellschaft, Verantwortungsbereitschaft, Respekt und Toleranz, die Freiheit der Meinung und der Religion, die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, Gerechtigkeit, Rechtssicherheit und Frieden: Es gibt keine andere Regierungsform, deren Grundsätze so im Einklang stehen mit den Wertvorstellungen von Christentum und Aufklärung. Das beste Beispiel für dieses Gefüge ist meine bayerische Heimat. Hier hat die volkshkirchliche Prägung das Gelingen des demokratischen Aufbruchs nach 1945 ganz wesentlich gestützt. Das Fundament, auf dem die bayerische Verfassung ruht, ist ein durch und durch christliches. Dem entsprechend ruft sie in ihrer Präambel das „Trümmerfeld“ in Erinnerung, zu dem eine „Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen“ geführt hat. Diese Erinnerung ist eindeutig. Sie bringt zum Ausdruck, dass eben dieses christliche Fundament wiederzubeleben ist, wenn ein demokratischer Aufbruch gelingen soll. Eine ganz ähnliche Funktion hat die *nominatio dei* in der Präambel des deutschen Grundgesetzes.

Als ich die zu Beginn erwähnte Karikatur mit den beiden rennenden Kirchenmännern zum ersten Mal sah, waren gerade irgendwo in Deutschland Kommunalwahlen gewesen. Die Wahlbeteiligung war erschreckend niedrig, so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht. Spontan dachte ich mir: „Da könnte auch gleich ein Politiker mitlaufen. Der Politik laufen die Wähler ja auch davon.“

In der Tat sitzt die Politik mit den Kirchen in gewisser Weise in einem Boot. Historisch, weil das ehrliche Ringen um „der Stadt Bestes“ in unseren kulturellen Breitengraden immer auch ein Ringen um eine Gesellschaft ist, die sich dem Grundsatz der christlichen Nächstenliebe und ihrem politischen Pendant, dem Grundsatz der Unantastbarkeit menschlicher Würde, verpflichtet fühlt. Und soziologisch, weil die Bindung an große Milieus wie Politik und Kirchen in unserer Gegenwart verlorenzugehen droht. Hier versprechen nur drei Dinge eine wirksame Abhilfe. Erstens das gute Angebot, über das zumal die

Kirchen mit ihrem Dasein in allen Lebenslagen und ihrer Einladung zur menschlichen Sinnfindung ohne jeden Zweifel verfügen. Überzeugende Vertreter dieses Angebots zum Zweiten, deren freies, ja, freigeistiges Wirken in den allermeisten Fällen mehr Gewinn für die Kirchen ist als Bedrohung. Und ökumenischer Zusammenhalt zum Dritten: ein Zusammenhalt aller Christen, der den bestehenden konfessionellen Unterschieden in demselben Maße Raum gibt wie einem möglichst gelassenen Umgang damit. Geradlinigkeit und Gelassenheit: Das ist der richtige Geist, den Ökumene atmen sollte. Diesen Geist zu atmen, hieße auch den beiden Kirchenvertretern in der Karikatur ihre Atemlosigkeit zu nehmen – ganz einfach deswegen, weil die Schäflein, denen sie nachrennen, endlich wieder einmal Pause machen.